

an das neue Grossdeutschland im Interesse Liechtensteins läge und eine gewisse Propaganda für diese Ansicht machen, während das ganze übrige liechtensteinische Volk sozusagen geschlossen an der Parole festhielt: Liechtenstein soll Liechtenstein bleiben, und die Verträge sollen beibehalten werden, die es mit der Schweiz verbinden. Alle Nachbarstaaten des neuen Deutschland fanden es damals im März für im Interesse der Beruhigung Europas gelegen, das in seinem innersten Gefüge zu wanken drohte, feierliche Erklärungen abzugeben, denen zufolge sie ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit beibehalten wollten. Für das grosse Europa wäre eine solche Erklärung Liechtensteins nicht besonders interessant und deshalb auch nicht notwendig gewesen, aber ein anderes Land interessierte sich an der Erhaltung Liechtensteins auf das Lebhafteste in jenen Tagen, das war die Schweiz, die heute in unserem Lande so ausgedehnte Interessen besitzt. Es hatte zahlreiche Schweizer hier, die ihren Berufen nachgehen und fremdenpolizeilich und zolltechnisch unsere Grenzen schützen. Diese haben ihre Familien hier. Schweizer Banken haben hier namhafte Guthaben usw. Für die Schweiz war es wichtig zu wissen, was Liechtenstein zu tun gedenke. Nach der Einstellung der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes konnte unsere Erklärung nur dahin lauten, dass Liechtenstein an seiner Selbständigkeit unter dem Fürstenhause Liechtenstein festhalte und auf dem Boden der liechtensteinisch-schweizerischen Verträge stehe. Wir riefen die Führer beider Parteien zusammen, um in dieser Richtung eine einhellige Erklärung an die Schweiz und das übrige Ausland zu formulieren. Die Führer der Vaterländischen Union stellten sich im Zuge der Verhandlungen wie jene der Bürgerpartei auf den Standpunkt der Unabhängigkeit und Selbständigkeit, hielten es aber für notwendig, dass im gleichen Zuge eine innerpolitische Befriedung eingeleitet werde. Die Führer der Vaterländischen Union wiesen darauf hin, dass ihre Parteimitglieder die proportionelle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens fordern, wenn sie sich hinter die gewünschte Erklärung ihrer Führer stellen sollten. Wir haben diesen Standpunkt bedauert, konnten ihn aber nur zur Kenntnis nehmen. Wir standen vor der Wahl, der Welt zu offenbaren, dass die Vertreter von fast der Hälfte unseres Volkes nicht auf dem Boden der Selbständigkeit unseres Landes stünde, oder aber die proportionelle Gleichberechtigung einzuräumen und nach aussen als ein geschlossenes und entschlossenes Liechtenstein da zu stehen, das an seiner Selbständigkeit festhalten will und auf dem Boden der Verträge mit